

Tony Greenstein über die Zeit unmittelbar nach der Nakba

Aus Tony Greensteins Blog, 19.05.20

Warum schickt der „einzige demokratische Staat im Nahen Osten“ (Israel) Agenten des Verteidigungsministeriums zu den Archiven, um sie unter Druck zu setzen, damit sie historische Dokumente verstecken?

Fast 20 Jahre lang lebten israelische Araber unter Militärherrschaft - nicht, weil sie zur Fünften Kolonne gehörten, sondern um sie an der Rückkehr in das Land zu hindern, das ihnen gestohlen worden war.

Israel ist ein Staat, der auf Mythen aufgebaut ist - sei es, dass "Gott" den Siedlern das Land der Palästinenser gab, oder die Fiktion, dass die Palästinenser 1948 auf Befehl der arabischen Staaten auf wundersame Weise davonliefen, damit ein jüdischer Staat geschaffen werden konnte. Wie Ilan Pappé, Benny Morris und andere Historiker gezeigt haben, verließen die Palästinenser das Land, weil sie dazu gezwungen wurden.

Ich habe bereits früher über die verzweifelten Bemühungen des israelischen Staates berichtet, die Erkenntnis der Wahrheit zu verhindern. Dies hat die Form einer Neuklassifizierung von Dokumenten angenommen, die an Historiker herausgegeben wurden, vermutlich in der Annahme, dass sie nicht kopiert wurden und daher niemand, der aus ihnen zitiert, beweisen kann, dass das, was sie gesagt haben, wahr ist.

Am Ende dieses Artikels in Ha'aretz zitiert Adam Raz die zynischen Kommentare von Jehiel Horew, dem ehemaligen Direktor der Malma, der geheimen Einheit des Verteidigungsministeriums, die sich der Neuschreibung der Geschichte der Taten des israelischen Militärs verschrieben hat. In einem Interview machte er seine Absichten kristallklar:
(Tony Greenstein bezieht sich auf den am 31.1.2020 in Haaretz erschienenen Artikel

Secret Israeli Document Reveals Plan to Keep Arabs Off Their Lands

<https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-secret-israeli-document-reveals-plan-to-keep-arabs-off-their-lands-1.8473226>

„Wenn der Staat Vertraulichkeit vorschreibt, wird die veröffentlichte Arbeit entkräftet... Wenn jemand schreibt, dass das Pferd schwarz ist, wenn das Pferd nicht vor dem Stall steht, kann man nicht beweisen, dass es wirklich schwarz ist.“

Natürlich bauten alle Nationen ihre Identität auf Mythen auf, wie die Geschichten von König Artus und seinen Rittern. Die nationalen Mythen Israels handeln nicht nur von alten Königsgeschichten, sondern auch von jüngsten Ereignissen, deren Beweise kristallklar sind. Die nationalen Mythen haben den alleinigen Zweck, den Diebstahl von Land zu legitimieren.

Von 1949 bis 1966 stand die arabische Bevölkerung Israels unter einer militärischer Verwaltung. Sie durften ihre Dörfer nicht ohne Erlaubnis verlassen. Wie bei allem in Israel war die Entschuldigung dafür, dass die Araber eine fünfte Kolonne darstellten, eine Bedrohung der Sicherheit.

Heute wissen wir, wie der Artikel von Adam Raz erklärt, dass dies nie der Wahrheit entsprach und auch vom militärischen Establishment nicht geglaubt wurde. Der Zweck der Militärherrschaft bestand darin, Israels Araber, die oft durch die Kämpfe aus ihren Dörfern vertrieben worden waren, an der Rückkehr auf ihr Land zu hindern.

Ein Gesetz, das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden, wurde 1950 mit dem speziellen Zweck verabschiedet, das Vermögen von Personen, die nach dem 29. November 1947 ausgewiesen wurden, geflüchtet waren oder das Land verlassen hatten, sowie ihr Eigentum (Grundstücke, Häuser, Bankkonten usw.) als „Abwesende“ zu definieren.

Das Eigentum der Abwesenden wurde der Kontrolle des Treuhänders für das Eigentum der Abwesenden unterstellt. Das Gesetz über das Eigentum Abwesender 1950 war das wichtigste Rechtsinstrument, mit dem Israel das Land der internen und externen palästinensischen Flüchtlinge in Besitz nahm.

Es wurde die orwellsche Kategorie Anwesende-Abwesende geschaffen. Sie konnten in Israel anwesend sein, ohne ausgewiesen worden zu sein, und dennoch abwesend sein. Selbst wenn sie 1948 wegen der Kämpfe ihr Haus verlassen hatten oder von der Haganah vertrieben wurden, werden sie immer noch als Binnenvertriebene gezählt. Natürlich besteht für israelische Juden, die gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen, kein solches Verbot.

Heute schätzt man, dass 1 von 4 israelischen Palästinensern Binnenvertriebene sind. Das ist der Grund für die Ungleichheit in Israel, eine Ungleichheit, die durch das Gesetz über den jüdischen Nationalstaat verstärkt wurde, das die „jüdische Siedlung“ zu einer nationalen Tugend machte.

Binnenvertriebene dürfen nicht in den Häusern leben, in denen sie früher gewohnt haben, selbst wenn sie sich in der gleichen Gegend befanden, das Eigentum noch vorhanden ist und sie nachweisen können, dass sie es besitzen. [Tom Segev, 1949: Die ersten Israelis, S. 68-91].

Es war jedoch eine Aufgabe, ein rassistisches Gesetz zu verabschieden, aber es war eine andere, dieses Gesetz umzusetzen. Die israelischen Palästinenser wünschten sich nichts sehnlicher, als dorthin zurückzukehren, wo sie gelebt hatten, aber für den Zionismus, alle Flügel der zionistischen Bewegung einschließlich des „linken“ Mapam, war es ein Glaubensgrundsatz, dass kein Palästinenser jemals in seine Heimat zurückkehren sollte, selbst wenn er sich nur eine Meile entfernt in Sicherheit gebracht hätte.

Daher wurde die Militärherrschaft über die palästinensische Bevölkerung Israels eingeführt. Indem sie ihnen verbot, ihre Dörfer ohne Erlaubnis zu verlassen, erleichterte sie es um vieles, unerlaubten Zugang zu ihren früheren Häusern zu verhindern. Dies war notwendig, denn obwohl zionistische Siedler in deren frühere Dörfer zogen, dauerte dies einige Weile, nicht zuletzt, weil es zu dieser Zeit nicht genügend zionistische Siedler gab.

So wurde Israel im Wüten der ethnischen Säuberung geboren, und heute ist es die Aufgabe von Malmab und des Verteidigungsministeriums, Dokumente der damaligen Zeit geheim und versteckt zu halten und den Mythos, dass die palästinensischen Flüchtlinge von sich aus weggegangen sind, aufrechtzuerhalten.

Haaretz-Artikel, Quellenangabe siehe oben

Geheimes israelisches Dokument enthüllt Plan, wie Araber von ihrem Land fernzuhalten seien

Ein nach 60 Jahren entsiegeltes Dokument enthüllt die geheimen Absichten der israelischen Regierung, die 1948 den arabischen Bürgern des Landes eine Militärregierung aufzwang: nicht um die Sicherheit zu erhöhen, sondern um die jüdische Kontrolle über das Land zu gewährleisten.

Adam Raz, Haaretz 31.01.20

Das israelische Verteidigungsestablishment ist seit Jahren bestrebt, die historische Dokumentation in verschiedenen Archiven im ganzen Land zu verbergen, wie ein Artikel in der Haaretz vom vergangenen Juli enthüllte.

In diesem Artikel, der an eine Studie des Akevot-Instituts für israelisch-palästinensische Konfliktforschung anknüpfte, wurde festgestellt, dass die Mitarbeiter von Malmab - der geheimen Sicherheitsabteilung des Verteidigungsministeriums (der Name ist ein hebräisches Akronym für "Sicherheitsdirektor des Verteidigungsapparates") - 20 Jahre lang öffentliche und private Archive besucht und ihre Direktoren gezwungen hatten, Dokumente zur israelischen Geschichte mit besonderem Schwerpunkt auf dem arabisch-israelischen Konflikt zu sperren. Dies geschah ohne rechtliche Befugnis. Der Artikel sorgte für Aufregung, und Dutzende von Forschern und Historikern forderten den damaligen Verteidigungsminister Benjamin Netanjahu auf, die illegalen Aktivitäten einzustellen. Ihr Appell erhielt keine Antwort.

Für welche Art von Dokumenten ordnete Malmab den Direktoren an, sie in den Tresoren ihrer Archive zu verstecken? Die Beispiele sind vielfältig: dicke Akten der Militärregierung, in denen 18 Jahre lang arabische Bürger Israels lebten; Zeugenaussagen über die Plünderung und Zerstörung arabischer Dörfer während des Unabhängigkeitskrieges; Kommentare von Kabinettsministern zur arabischen Flüchtlingssituation nach diesem Krieg; Beweise für Vertreibungsakte und Zeugenaussagen über Lager, die für Gefangene eingerichtet wurden; Informationen über das israelische Atomprojekt; Dokumente zu verschiedenen außenpolitischen Themen; und sogar ein Brief des Dichters und Holocaust-Überlebenden Abba Kovner über seine eigenen anti-arabischen Gefühle.

Es ist nicht klar, ob Malmab seine Aktivität in den Archiven seit der Veröffentlichung des Artikels reduziert hat. Man kann jedoch sagen, dass in den vergangenen sechs Monaten früher von Malmab geschlossene Akten wieder geöffnet wurden, was unser Wissen über die Geschichte der beiden Völker, die sich dieses Land teilen, erweitert hat. Obwohl keines von ihnen von weltbewegender historischer Bedeutung ist, handelt es sich um wichtige Dokumente, die wesentliche Aspekte verschiedener Ereignisse beleuchten.

Eines dieser Dokumente ist ein geheimer Anhang zu einem Bericht, der Anfang 1956 vom Ratner-Ausschuss verfasst wurde, der von der Regierung ernannt wurde. Das Dokument, das in einem Tresor des Forschungs- und Dokumentationszentrums Yad Yaari in Givat Haviva vor dem Vergessen bewahrt wurde, trägt den Titel „Sicherheitsregelung und die Landfrage“.

Die Bedeutung der in dem Anhang enthaltenen Informationen kann im Zusammenhang mit der Geschichte der Militärregierung gesehen werden, die den israelischen Arabern 1948, nur wenige Monate nach der Unabhängigkeit, auferlegt und erst 1966 abgeschafft wurde. Am Ende des Krieges gab es in Israel etwa 156.000 Araber. Nach dem Waffenstillstandsabkommen mit Jordanien (April 1949) und der Annexion des Dreiecks - einer Konzentration arabischer Ortschaften in Zentralisrael - fielen 27 Dörfer, von Kafr Qasem im Süden bis Umm al-Fahm im Norden, ebenfalls unter die Gerichtsbarkeit der Militärregierung.

Letztere war administrativ in drei Regionen aufgeteilt: Norden, Zentrum (Dreieck) und Negev. Sechzig Prozent der arabischen Bürger Israels lebten in Galiläa, 20 Prozent im Dreieck und der Rest im Negev und in verschiedenen so genannten gemischten Städten wie Haifa und Akkon. In der Praxis standen etwa 85 Prozent aller arabischen Bürger unter der Herrschaft der Militärregierung

und unterlagen nächtlichen Ausgangssperren und Vorschriften, nach denen sie vor dem Verlassen ihres Wohngebiets eine Reisegenehmigung einholen mussten.

Die Militärregierung stützte sich auf die Verteidigungsvorschriften (Notstandsgesetze), die 1945 von den britischen Mandatsbehörden verkündet worden waren und auf die sich Israel berief, um die Überwachung der Bewegung und Ansiedlung der arabischen Bürger zu erleichtern und ihre Rückkehr in die von den jüdischen Truppen im Unabhängigkeitskrieg eingenommenen Gebiete zu verhindern. Der jüdischen Öffentlichkeit wurde gesagt, dass der Zweck der Militärverwaltung darin bestehe, feindliche Aktionen gegen den Staat seitens seiner arabischen Bürger zu verhindern. In der Praxis verschärfte sie jedoch die Feindschaft zwischen den beiden Völkern nur noch weiter.

Die Militärverwaltung, eine hässliche Etappe in der israelischen Geschichte, war seinerzeit Gegenstand heftiger Kritik, nicht zuletzt von einigen Mitgliedern der jüdischen Gesellschaft. Verschiedene Parteien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite - Ahdut Ha'avodah, Mapam, die Kommunistische Partei und Herut (Vorläufer des Likud) - wandten sich, jeweils aus ihren eigenen Gründen, gegen ihre Einführung. Ein Grund für den Widerstand war, dass der Sicherheitsdienst des Shin Bet bereits Anfang der 1950er Jahre zu dem Schluss gekommen war, dass die arabischen Bürger des Landes kein Sicherheitsrisiko darstellten.

Auch in der Regierungspartei Mapai (Vorläufer der Labour-Partei) waren die Meinungen geteilt. Das Staatskomitee, das von Prof. Yohanan Ratner, einem General im Ruhestand und Architekten, geleitet wurde, war das zweite Gremium, das mit der Prüfung der Notwendigkeit einer Militärverwaltung beauftragt wurde. Das erste, das 1949 von Premierminister David Ben-Gurion einberufen wurde, hatte beschlossen, den Status quo beizubehalten. Im Februar 1956 kamen die drei Mitglieder des Ratner-Ausschusses einstimmig zu dem Schluss:

„Die Militärverwaltung ist so weit wie möglich reduziert worden, und für eine weitere Reduzierung gibt es keinen Platz.“

Dass dies wahrscheinlich von vornherein feststand, belegt eine öffentliche Bemerkung eines Mitglieds dieses Gremiums, Daniel Auster (bis 1950 Bürgermeister von Jerusalem):

„Von 200.000 Arabern und anderen Minderheiten, die heute in Israel leben, haben wir keinen einzigen gefunden, der dem Staat gegenüber loyal ist.“

Geheime Aktion

Einige Jahre später, Anfang der 1960er Jahre, als der Druck zunahm, die Militäradministration abzuschaffen, erklärte Ben-Gurion, dass sie nach wie vor unerlässlich sei, um einen Aufstand der Araber des Landes zu verhindern. Die Existenz des Staates hänge von der Präsenz der militärischen Verwaltung ab, behauptete er, wobei er jedoch die Opposition des Sicherheitsapparates dagegen nicht erwähnte. Nach und nach wurde jedoch klar, dass die Befürworter der Regierung wirklich nicht an der Sicherheit, sondern an der Kontrolle über das Land interessiert waren. Dies war durch Artikel 125 der Notstandsverordnungen (1945) erleichtert worden, nach dem ein militärischer Befehlshaber den Befehl erteilen kann, „jedes Gebiet oder jeden Ort“ zu schließen.

In einer geschlossenen Sitzung der Mapai-Führung erklärte Ben-Gurion 1962, dass wir ohne Artikel 125 "nicht in der Lage gewesen wären, das zu tun, was wir getan haben" im Negev und in Galiläa. "Nord-Galiläa ist judenrein", warnte er.

"Wir werden uns für viele Jahre in dieser Situation befinden, wenn wir nicht - durch Artikel 125, mit administrativer und militärischer Gewalt - das Eindringen in verbotene Gebiete verhindern. Und in den Augen der Araber gehören diese verbotenen Gebiete ihnen. Denn das Land von Ayalon [Tal] ist arabisches Land".

Trotz der diesem Argument innewohnenden Logik gibt es nur wenige Zeugenaussagen über die latenten nationalistischen Beweggründe der Militärverwaltung. Zum einen gab es ein stillschweigendes Einverständnis, gegen das selten verstoßen wurde, dass dies kein Thema für

eine öffentliche Diskussion war. Der geheime Anhang zum Bericht des Ratner-Ausschusses, der sich im Archiv von Yaari und im Staatsarchiv befindet und hier zum ersten Mal veröffentlicht wird, ist sehr aufschlussreich für die tatsächlichen Motive, die die Führer des Landes geleitet hatten.

Nach Ansicht des Gremiums konnte die Armee allein kein Staatsland sichern: Nur eine jüdische Siedlung - "Sicherheitssiedlung", wie man sie nannte - könne dies auf lange Sicht tun. Es war daher unerlässlich, jüdische Siedlungen in den drei geographischen Zonen zu errichten, die von der Militärverwaltung überwacht wurden. Ein solcher Prozess würde jedoch langwierig sein, darin waren sich die Mitglieder des Komitees einig, und in der Zwischenzeit wollten die im Krieg entwurzelten arabischen Bürger in ihre Heimat zurückkehren - etwas, das nicht durch Gesetze verhindert werden konnte. Nach Ansicht der Verfasser des Anhangs

„Die Laxheit [der Araber] bei der Beschlagnahme dieser Gebiete ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass diese Gegenden von der Militärverwaltung geschlossen oder sich unter ihrer Aufsicht befanden.“

Sie fügten hinzu, nur

„die Wachsamkeit der Vertreter der Militärverwaltung verhinderte weitgehend eine ernstere Gesetzlosigkeit im Hinblick auf die Landnahme“.

Mit anderen Worten, es war die Regierung, die die Araber daran hinderte, auf ihr Land zurückzukehren.

Die Verfasser des Berichts wandten sich auch gegen eine Entscheidung von Pinhas Lavon, einer hochrangigen Persönlichkeit der Mapai, die sich der Militärverwaltung widersetzte und Anfang 1954 Ben-Gurion als Verteidigungsminister ablöste (trat aber ein Jahr später während der so genannten Lavon-Affäre zurück, bei der es um eine verdeckte Operation in Ägypten ging, die schief lief). Lavon hob die frühere Entscheidung auf, Galiläa in 46 getrennte, geschlossene Gebiete zu unterteilen, in denen die Araber eine Genehmigung benötigten, um sich von einem Bereich zum anderen zu bewegen. Eine Unterteilung in drei oder vier Zonen würde seiner Meinung nach ausreichen und das Leben der arabischen Bürger erleichtern. Die Ausschussmitglieder sprachen sich entschieden dagegen aus und argumentierten, dass dies zu einer übermäßigen Freizügigkeit der Araber geführt habe, wodurch „die Übernahme von Ländereien des Staates zunahm“.

Das Ratner-Komitee überschritt das offizielle Mandat, das es bei seiner Ernennung Ende 1955 erhielt. Sein geheimer Anhang enthält auch detaillierte Empfehlungen zur Änderung von Eigentumsgesetzen, insbesondere eines osmanischen Statuts von 1858. Letzteres sah vor, dass jeder, ob Jude oder Araber, der sich 10 Jahre hintereinander auf dem Land aufhielt, berechtigt war, es dauerhaft zu behalten. Jetzt, acht Jahre nach der Gründung Israels, war das Komitee besorgt, dass innerhalb von zwei Jahren viel Land verloren gehen und an arabische Staatsbürger übertragen werden könnte. Seine Empfehlung lautete daher, den Zeitrahmen für den Verbleib auf diesem Land abzuschaffen.

Aus dem Text des geheimen Anhangs geht eindeutig hervor, dass eine Hauptaufgabe der Militärverwaltung darin bestand, als Mittel zur Kontrolle der Ländereien des Staates zu fungieren, bis ihr dauerhafter Status reguliert werden konnte und bis mit staatlicher Unterstützung die jüdische Besiedlung in ehemals arabischen Gebieten beginnen konnte. Daher eine der Schlussfolgerungen des Ausschusses:

"Bis zur Stabilisierung der Sicherheitsbesiedlung in den wenigen Reservegebieten, die noch besiedelt werden können, ist es unerlässlich, die Militärverwaltung an diesen Orten aufrechtzuerhalten und ihren Apparat zu stärken ... damit die Militärverwaltung direkt und indirekt sicherstellen kann, dass das Land nicht an den Staat verloren geht".

Das Gremium beschrieb die militärische Verwaltung als ein Instrument im Kampf gegen arabische "Eindringlinge" und fügten hinzu, dass ohne die Militärverwaltung "viel mehr Gebiete für den Staat

verloren gehen könnten". In einer Rüge an den Staat stellte das Komitee fest, dass die militärische Verwaltung unter "bekannter Laxheit leide ... als Folge der Kritik, die an ihr geübt wird".

Die Empfehlungen des Ratner-Ausschusses, die damals teilweise (ohne den geheimen Teil) veröffentlicht wurden, lösten beträchtliche Kritik in der Öffentlichkeit und bei der Regierung aus. Ben-Gurion, der im Februar 1956 eine Kopie des Berichts erhielt, blockierte die Diskussion darüber monatelang wegen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Der Sinai-Krieg, der im Oktober 1956 ausbrach, bedeutete, dass er noch längere Zeit nicht auf der Tagesordnung stand. Letztendlich wurde der Bericht der Regierung nie zur Genehmigung vorgelegt, diente aber dennoch als Grundlage für die Politik in den kommenden Jahren. 1958 schlug ein anderer Ausschuss unter der Leitung von Justizminister Pinhas Rosen weitreichende Veränderungen in der Militärverwaltung vor und beantragte praktisch ihre fast vollständige Abschaffung. Es überrascht nicht, dass das Kabinett 1959 langwierige Diskussionen darüber führte, ob die Empfehlungen des Rosen-Ausschusses veröffentlicht werden sollten.

Warum hat der Staat weiterhin einen Bericht verheimlicht, der vor mehr als sechs Jahrzehnten geschrieben wurde? Die Erklärung könnte in einer Kabinettsitzung im Juli 1959 liegen, in der Bildungsminister Zalman Aranne erklärte, dass "unter den Schlussfolgerungen einige politische sind". Mit anderen Worten: Sicherheit hat damit nichts zu tun. Er fügte hinzu:

„Die Sache muss getan, aber nicht offen gelegt werden, wie z.B. die Judaisierung Galiläas".

Vielleicht ist es hier angebracht, an die Worte von Jehiel Horew, dem ehemaligen Direktor von Malmab, zu erinnern, der in einem Interview mit Haaretz im vergangenen Juli zugab, dass das Verteidigungsestablishment lediglich versucht, Historiker zu behindern.

„Wenn der Staat Vertraulichkeit auferlegt, wird die veröffentlichte Arbeit erschüttert... Wenn jemand schreibt, dass das Pferd schwarz ist, wenn das Pferd nicht vor dem Stall steht, kann man nicht beweisen, dass es wirklich schwarz ist.

Adam Raz, Historiker, ist Forscher am Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung und Autor des Buches „Das Massaker von Kafr Qasem": Eine politische Biografie", das sowohl auf Hebräisch als auch auf Arabisch veröffentlicht wurde.

Quelle: https://azvsas.blogspot.com/2020/05/why-does-only-democratic-state-in_19.html